

Kompensation durch ein System direkter und indirekter Steuern

Hat die Wirtschaft mehrere Personen, so kann bei unterschiedlichem Faktorbesitz und unterschiedlichen Präferenzen der Freihandel die Individuen sehr unterschiedlich treffen, einzelne können sogar verlieren – z.B. wenn sie nur den “verlierenden” Faktor besitzen oder eine starke Präferenz für das “relativ teurer” werdende Gut haben. Die Frage ist nun, ob es immer eine Umverteilung gibt, die garantiert, daß niemand gegenüber der Autarkiesituation schlechter gestellt wird.

Die Einführung von Kopfsteuern und entsprechende Umverteilung funktioniert immer. Allerdings gelten trotz Maggie Thatcher und Angela Merkel Pauschalsteuern als politisch kaum praktikabel.

Die Frage stellt sich deshalb, ob man ein System direkter und indirekter Steuern konstruieren kann, mit dem sichergestellt wird, daß nach Aufnahme von Freihandel niemand schlechter gestellt ist als in der Autarkiesituation.

1. Konstante Skalenerträge

Der folgende berühmte Ansatz von Dixit und Norman¹ funktioniert unter den klassischen Annahmen vollständiger Konkurrenz auf allen Märkten und Entlohnung der Faktoren mit ihrem Grenzprodukt sowie – und das ist sicherlich eine Einschränkung – konstanten Skalenerträge. Bei konstanten Skalenerträgen und Entlohnung nach dem Grenzprodukt schöpfen die Faktorentgelte bekanntlich den Produktionswert gerade aus, d.h. die Produktion ist gewinnlos: das eingesetzte Kapital wird genau wie der Faktor Arbeit zwar mit seinem Grenzprodukt entlohnt, aber der *ökonomische* Gewinn ist Null.

Wir bezeichnen im Folgenden mit p und p^a die Güterpreise bei Freihandel bzw. in der Autarkiesituation und mit w bzw. w^a die entsprechenden Faktorpreise und probieren das Steuer-/Subventionssystem $t_x = p^a - p$ für Güter und $t_v = w - w^a$ für Faktoren. Im Klartext bedeutet dieser clevere Ansatz von Dixit und Norman, daß die Unternehmungen bei Freihandel mit den unverfälschten Weltmarktpreisen p und den zugehörigen Faktorpreisen w konfrontiert sind, während die Haushalte für die Güter netto einschließlich indirekter Steuern oder Subventionen

$$p + t_x = p + (p^a - p) = p^a$$

zahlen müssen und für ihre Faktorleistungen netto unter Berücksichtigung der fälli-

¹Dixit, Avinash, und Victor Norman, *Außenhandelsstheorie*, München etc.: Oldenbourg, 1982, S. 84.

gen direkten Steuern oder Subventionen

$$w - t_v = w - (w - w^a) = w^a$$

erhalten. Für den einzelnen Haushalt h gelten also *de facto* dieselben Güter- und Faktorpreise wie in der Autarkiesituation. Er wird deswegen genau dieselbe Menge an Faktorleistungen (v^{ha}) anbieten und dieselbe Menge an Gütern (c^{ha}) nachfragen wie in der Autarkiesituation.

Die zentrale Frage ist nun, ob das vorgeschlagene Steuer-/Subventionssystem praktikabel in dem Sinne ist, daß es zu nicht-negativen Staatseinnahmen S führt. Täte es das nicht, so müßte der Staat aus dem Nichts Einnahmen schaffen, die das Steuersystem finanzieren. Eine Umverteilung mit diesem Steuersystem wäre dann gescheitert. Für Dixit und Normans Beweis der Praktikabilität benötigen wir nun noch zwei grundlegende (Un-)Gleichungen.

Als erstes verlangen wir, daß alle Haushalte die Budgetrestriktion einhalten. Für den einzelnen Haushalt muß deswegen $p^a c^{ha} = w^a v^{ha}$ gelten, und damit gilt summiert über alle Haushalte in offensichtlicher Schreibweise

$$(1) \quad p^a c^a = w^a v^a.$$

Selbstverständlich gilt in der Autarkiesituation auch die Marktträumungsbedingung

$$(2) \quad c^a = x^a.$$

Schließlich überlegen wir uns, daß die Unternehmungen bei den Freihandelspreisen p und w mit dem profitmaximierenden Outputbündel x bei Einsatz des gesamtwirtschaftlichen Faktorrivs v^a ($\hat{=}$ Vollbeschäftigung) sicherlich keinen geringeren Gewinn machen als den, den sie hätten, wenn sie statt x das Autarkieoutputbündel x^a herstellen würden. Technisch ließe sich mit v^a natürlich das Outputbündel x^a herstellen, aber es wäre vermutlich bei Freihandelspreisen p nicht die beste Wahl. Es muß also auch

$$(3) \quad px - wv^a \geq px^a - wv^a$$

gelten.

Für die gesamten Staatseinnahmen errechnet sich somit

$$\begin{aligned} (4) \quad S = t_x c^a + t_v v^a &= (p^a - p)c^a + (w - w^a)v^a \\ &= -pc^a + wv^a \\ &= -px^a + wv^a \\ &\geq -px + wv^a = 0, \end{aligned}$$

wobei wir der Reihe nach von den Gleichungen (1) und (2), der Ungleichung (3) und zuletzt der Annahme konstanter Skalenerträge ($\hat{=}$ gewinnlose Produktion) Gebrauch gemacht haben.

Bei konstanten Skalenerträgen erwirtschaftet Dixit und Normans System direkter und indirekter Steuern und Subventionen, das die Haushalte genau so stellt wie in der Autarkiesituation, also tatsächlich nicht-negative Gesamteinnahmen S .

2. Abnehmende Skalenerträge

Läßt man die heikle Annahme konstanter Skalenerträge fallen, so funktioniert Dixit und Normans Ansatz immer noch – allerdings zu einem gewissen Preis: man muß nun voraussetzen, daß der Staat die bei abnehmenden Skalenerträgen anfallenden ökonomischen Gewinne *vollständig* besteuert und die gesamten Staatseinnahmen S restlos auf staatlichen Konsum g verwendet.

Zusätzlich zu der Budgetbedingung für die Haushalte (1) müssen wir nun allerdings auch die Budgetrestriktion des Staates beachten. Mit $\pi = px - wv^a$ als den Gewinnen der Unternehmungen – die vom Staat ja annahmegemäß zu Hundert Prozent besteuert werden – muß bei Freihandel nun auch

$$(5) \quad pg = \pi + t_x c^a + t_v v^a.$$

gelten. Darüber hinaus müssen wir berücksichtigen, daß der Staat als Nachfrager auftritt. Anstelle der Markträumungsbedingung (2) muß in der Autarkie nun

$$(6) \quad c^a + g^a = x^a$$

gelten. Dagegen bleibt die Ungleichung (3) unverändert erhalten.

Die Praktikabilität des Dixit-Normanschen Umverteilungssystems mit direkten und indirekten Steuern bzw. Subventionen ist nun nachgewiesen, wenn wir zeigen, daß der Staatskonsum bei Freihandel, g , mindestens so groß ist wie der in der Autarkiesituation, g^a . Ließe sich das nicht zeigen, so wäre mit Dixit-Normans Steuersystem nur gewährleistet, daß der private Konsum der Haushalte bei Freihandel genau so groß ist wie in der Autarkiesituation, aber als Nutznießer des Staatskonsums stünden sie möglicherweise schlechter da als vorher. Der Beweis gelingt aber, und das geht so:

$$\begin{aligned} (7) \quad pg = \pi + t_x c^a + t_v v^a &= \pi + (p^a - p)c^a + (w - w^a)v^a \\ &= \pi - pc^a + wv^a \\ &= \pi - px^a + wv^a + pg^a \\ &\geq \pi - px + wv^a + pg^a \end{aligned}$$

$$\begin{aligned} &= \pi - \pi + pg^a \\ &= pg^a. \end{aligned}$$

Hier haben wir nun der Reihe nach von (5), (1), (6) und (3) Gebrauch gemacht.

Damit ist gezeigt, daß der staatliche Konsum bei Freihandel, g , mindestens so groß ist wie der Autarkiekonsum, g^a .